



48. Sitzung

Mittwoch, 1. Februar 2006

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	2447 A	Christian Maaß GAL	2456 B, 2459 D
Abwicklung und Ergänzung der Tagesordnung	2447 A	Hartmut Engels CDU	2457 B
		Dr. Monika Schaal SPD	2458 A, 2461 C
Aktuelle Stunde	2447 A	Dr. Michael Freytag, Senator	2459 A
		Rüdiger Kruse CDU	2460 C

Fraktion der SPD:

**Es war einmal ein Schwerpunkt
Sicherheit ... – der CDU-Senat
streicht bei Hamburgs Polizei**

mit

Fraktion der CDU:

**Keine Verringerung der
Polizeipräsenz auf der Straße**

Dr. Andreas Dressel SPD	2447 B, 2455 B
Christoph Ahlhaus CDU	2448 B
Antje Möller GAL	2449 B, 2452 C
Udo Nagel, Senator	2450 A
Gesine Dräger SPD	2450 D
Karl-Heinz Warnholz CDU	2451 C
Michael Neumann SPD	2453 A
André Trepoll CDU	2453 D
Dr. Willfried Maier GAL	2454 D
Elke Thomas CDU	2455 C

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputierten
der Justizbehörde**

– Drs 18/3499 – 2462 A

und

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputierten
der Justizbehörde**

– Drs 18/3554 – 2462 A

und

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds
des Kongresses der Gemeinden und
Regionen Europas (KGRE)**

– Drs 18/3571 – 2462 A

und

Unterrichtung durch den Präsidenten
der Bürgerschaft:

**Wahl einer oder eines Deputierten
der Behörde für Inneres**

– Drs 18/3600 – 2462 A

Ergebnisse

2469 A

Fraktion der GAL:

**Senat ohne Naturschutz, ohne
Energie, ohne Kompetenz: Die
Abwicklung der Umweltbehörde
geht weiter**

Bericht des Sonderausschusses
"Vernachlässigte Kinder":

**"Vernachlässigung von Kindern
abwenden"**

– Drs 18/3592 – 2461 B

Egbert von Frankenberg CDU 2462 C

Dirk Kienscherf SPD 2463 D

Manuel Sarrazin GAL 2465 A

Birgit Schnieber-Jastram,
Zweite Bürgermeisterin 2466 B

Britta Ernst SPD 2467 B

Marita Meyer-Kainer CDU 2468 A

Beschluss 2469 A

Antrag der Fraktion der CDU:

**Verbot der Zweckentfremdung
von Wohnraum**

– Drs 18/3539 – 2469 B

Hans-Detlef Roock CDU 2469 B, 2471 C

Jan Quast SPD 2469 D, 2471 D

Claudius Lieven GAL 2470 C, 2472 A

Zur Geschäftsordnung:

Hans-Detlef Roock CDU 2472 B

Beschlüsse 2472 A

Antrag der Fraktion der CDU:

**Maßnahmen zur Steigerung der
Organspenden in Hamburg**

– Drs 18/3541 – 2472 B

Harald Krüger CDU 2472 B

Tanja Bestmann SPD 2473 C

Katja Husen GAL 2474 A

Beschluss 2474 B

Senatsmitteilung:

**Stellungnahme des Senats zu
dem Ersuchen der Bürgerschaft:
Internationale Jugendarbeit stärken**

– Drs 18/3379 – 2474 C

Lars Dietrich CDU 2474 C

Günter Frank SPD 2475 C

Manuel Sarrazin GAL 2476 B

Birgit Schnieber-Jastram,
Zweite Bürgermeisterin 2477 A

Beschlüsse 2477 B

Antrag der Fraktion der SPD:

**"Mehrgenerationenhäuser" als
"Kinder- und Familienhilfezentren"
einrichten**

– Drs 18/3471 – 2477 B

Dr. Andrea Hilgers SPD 2477 B

Karen Koop CDU 2478 B

Christiane Blömeke GAL 2479 A

Beschluss 2480 A

Antrag der Fraktion der GAL:

**Externe Überprüfung des "Abschnitts
Afghanistan" im Einwohner-Zentralamt**

– Drs 18/3547 – 2480 A

Antje Möller GAL 2480 A, 2482 D

Jens Grapengeter CDU 2481 C

Aydan Özoguz SPD 2482 A

Beschluss 2483 A

- A dieses lebensrettende Organ bekäme. Das sollte Grund genug sein für uns, unsere Entscheidung zu überdenken und überhaupt eine Entscheidung zu treffen.

Wir stimmen Ihrem Antrag deswegen natürlich sehr gern zu und ich bin zufrieden zu hören, dass Sie hier ein paar Organspenderausweise hinlegen werden. Ich dachte eigentlich, ich komme heute in den Plenarsaal und wir haben alle schon ein kleines Paket auf dem Tisch liegen. Das war nun nicht so, aber ich habe gemerkt, sie werden das nachbessern und das ist auch prima.

Ein weiterer Hinweis sei mir noch an dieser Stelle erlaubt: Jede Kampagne ist natürlich nur so gut, wie sie transportiert wird. Dazu brauchen wir natürlich auch unsere Medien. Nun bin ich gespannt, wie morgen diese Debatte, die in den Medien vielleicht aufgefangen wurde, wiedergegeben und an die Bevölkerung appelliert wird, um sich dieses Themas anzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und einzelner Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Husen.

- B **Katja Husen** GAL: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich war mir nicht ganz sicher, ob Herr Krüger ein paar oder genug Ausweise mitbringen würde. Deshalb liefert die GAL-Fraktion mindestens 120 Exemplare – man kann sie auch weitergeben – zur Dokumentation des Willens. Wer keinen Willen hat, der oder die, kann ich nur auffordern, mit einer der vielfältigen Vertreterinnen oder einem Vertreter von Betroffenenverbänden beispielsweise zu diskutieren. Anders als man das im ersten Moment vermuten könnte, sind die nämlich weit davon entfernt, Menschen die Pistole auf die Brust zu setzen. Sie sind sehr, sehr kompetente Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, wenn es um die Entscheidung geht, wie diskutiere ich auch im Freundes-, Bekannten- oder Familienkreis – Frau Bestmann hatte es eben angesprochen – die eigene Sterblichkeit, die Sterblichkeit von Menschen, die einem sehr nahe stehen, und die Frage, was man hinterher macht.

Da eigentlich schon alles zu dem Thema gesagt ist, erlauben Sie mir zum Schluss eine Bemerkung. Der Titel "Maßnahmen zur Steigerung der Organspenden in Hamburg" hat mich zuallererst vermuten lassen, Herr Hesse hätte einen Antrag zur Aufhebung des allgemeinen Tempolimits in Hamburg eingebracht. Ich habe mich sehr gefreut, dass das nicht der Fall war.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich würde die Bitte, die Herr Krüger schon ausgesprochen hat, aufgreifen und erklären, da ich das Material sowohl auf der Senatsbank als auch auf den Besucherrängen nicht verteilen darf, die Ausweise an entsprechenden Stellen hinzulegen.

(Beifall bei der GAL und der SPD sowie einzeln bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen habe ich dazu nicht. Dann komme ich zur Abstimmung.

Wer möchte dem CDU-Antrag aus der Drucksache 18/3541 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. –

Enthaltungen? – Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen worden. C

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 15. Drucksache 18/3379, Senatsmitteilung: Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9. März 2005 (Drucksache 18/1927) – Internationale Jugendarbeit stärken –.

**[Senatsmitteilung:
Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der
Bürgerschaft vom 9. März 2005 (Drucksache 18/1927)
– Internationale Jugendarbeit stärken –
– Drucksache 18/3379 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Europaausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dietrich.

Lars Dietrich CDU: Liebe Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bevor ich mit meinen näheren Ausführungen beginne, möchte ich mich für die Fraktion ganz herzlich beim Senat dafür bedanken, dass der Interfraktionelle Antrag zum Thema "Internationale Jugendarbeit stärken" hervorragend umgesetzt worden ist.

Wir haben acht Punkte beschlossen und das Ergebnis kann sich durchaus sehen lassen. Der Senat hatte, nachdem wir diesen Antrag im März gemeinsam beschlossen haben, sofort bei der Europaministerkonferenz angefragt und deutlich gemacht, dass das Projekt "Jugend in Aktion" weiterhin gestärkt werden muss. Das Europäische Parlament hat – das haben wir auch der Senatsmitteilung entnehmen können – den Mittelansatz von 811 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro erhöht. Wir hoffen natürlich, Frau Bürgermeisterin, dass sich jetzt die Länderminister und die Bundesregierung dafür einsetzen werden, dass der Ministerrat auf EU-Ebene das ebenfalls so sieht und das beschließen wird. Damit wären in der Tat den Jugendlichen, den Jungerwachsenen in Europa sehr geholfen, weil wir wissen, dass die Jugendarbeit international wesentlich vom Jugendaustausch lebt, von der Begegnung, von dem Erfahren anderer Länder, anderer Kulturen. Deshalb finden wir es klasse, dass der Senat sich hier auch so eingesetzt hat.

Der Senat hat sich ebenfalls dafür eingesetzt, dass wir künftig beim Thema interkulturelle Bildung neue Ansätze haben werden. In der offenen Kinder- und Jugendarbeit sollen noch in diesem Jahr in einer Fortbildung die Multiplikatoren für den Bereich der internationalen Jugendarbeit sensibilisiert werden. Viele Einrichtungen in Hamburg führen bereits im Frühjahr, im Sommer und im Herbst Kinder- und Jugendfreizeiten durch. Ich kann Ihnen aber aus meiner praktischen Arbeit berichten, dass das immer noch zu wenig gemacht wird. In Bergedorf kenne ich nur eine einzige Jugendeinrichtung, die vier internationale Kinder- und Jugendfreizeiten im Jahr anbietet. Das müsste mehr werden. Insofern ist es gut, dass der Senat diese Fortbildung für die Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie auch Erzieher anbietet.

Zudem hat die BSF auch geprüft, wie die Aspekte dieser interkulturellen Bildung und der internationalen Jugendarbeit in der Globalrichtlinie stärker gewichtet werden können. Hier hat der Senat den Ansatz gestärkt. Es sind Ergänzungen aufgenommen worden. Die interkulturelle Bildung ist nun auch in den Bezirken ein eigenständiges

- A Aufgabenfeld der Kinder- und Jugendarbeit. Das stärkt natürlich auch die Fähigkeiten junger Menschen zur Akzeptanz anderer Kulturen und zur gegenseitigen Achtung und das ist ein besonders gutes Qualitätsmerkmal. Auch hier hat der Senat so gehandelt, wie wir es wünschten.

Zudem hatten wir darum gebeten, dass insbesondere die Arbeitszeiten bei den Anträgen im Rahmen der Städtepartnerschaft verkürzt werden. Der Senat hat noch einmal deutlich darauf hingewiesen, dass es lediglich im Jahre 2004 durch die Neuwahl der Bürgerschaft und den nicht beschlossenen Haushalt Schwierigkeiten gab. Ansonsten war gewährleistet – und das finden wir auch sehr gut –, dass die rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheide spätestens im ersten Quartal kommen. Das ist auf Bundesebene leider nicht immer so. Das wissen meine anderen Kolleginnen und Kollegen im Jugendbereich auch zu berichten. Hier haben wir den Senat noch einmal deutlich gebeten – und das hat er auch auf die Agenda genommen, die Jugendministerkonferenz hat das ja beschlossen, Frau Senatorin –, dass der Bund und die europäischen Institutionen angewiesen sind, rechtzeitig die Anträge zu bearbeiten, damit die einzelnen Träger nicht so lange in Vorkosten treten müssen. Wenn man ein halbes Jahr warten muss bis erst die Mittelbewilligung da ist, dann heißt das für den einzelnen Träger auch, dass er sehr viel Geld vorstrecken muss. Wir in Hamburg machen das nicht so.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

- B Bei uns ist es üblich, dass im Dezember beschlossen wird, im Januar kommen die rechtsverbindlichen Zuwendungsbescheide und dann wird das umgesetzt. Da ist Hamburg sehr vorbildlich. Das finden wir gut, dass das auch so bleibt. Wir würden uns wünschen, dass das auf Bundes- und Europaebene verbessert wird. Der Senat hat das auf der Jugendministerkonferenz angeregt und er hat mit 16 : 0 für die Jugend gewonnen.

Lassen Sie mich noch auf das Empfehlungsschreiben eingehen. Das Jugend-Europabüro hat den Wunsch an die Fraktionen herangetragen. Der Senat hat in Zusammenarbeit mit den Trägern der internationalen Jugendarbeit sowohl einen Kriterienkatalog als auch das Empfehlungsschreiben entwickelt. Ich danke hier der BSF, der Behörde für Inneres als auch dem Staatsrat für Äußeres, für Europa und für den Bund, Staatsrat Stuth, für die Mithilfe. Ich weiß von den Kolleginnen und Kollegen aus der internationalen Jugendarbeit, dass das ein Meilenstein ist, weil sie dadurch wesentlich weniger Schwierigkeiten im Ausland haben, gerade bei der Beantragung von Visa.

Last, but not least hatten wir den Senat gebeten, dass auch der Austausch mit Israel weiter vorangetrieben wird. Sie wissen, dass die Situation im Nahen Osten, insbesondere in Israel, besonders prekär ist. Dennoch freut es uns, dass es eine Jugendorganisation gab, die es geschafft hat, sich zumindest mit dem Thema Israel dahingehend zu beschäftigen, dass sie eine Fachkräftetagung durchgeführt haben. Wir würden uns wünschen, wenn es nicht nur Fachkräftetagungen sind, weil das letztendlich diejenigen sind, die solche Jugendaustauschprogramme mit Israel organisieren und durchführen, sondern dass es wieder möglich wird, dass Hamburger Jugendliche und junge Erwachsene Israel besuchen können und gleichzeitig junge Israelis hier bei uns zu Gast sein dürfen. Wir

möchten uns noch einmal nachhaltig dafür bedanken. Ein guter Job, alle acht Punkte, die wir beantragt haben, sind auch aus Sicht der Fraktion der CDU zur Zufriedenheit bearbeitet worden. Ich hoffe, dass wir vielleicht beim nächsten Mal 1 Milliarde Euro zusätzlich im Topf haben für Jugendmaßnahmen auf europäischer Ebene und wir dann auch ein bisschen weiterkommen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Herr Frank das Wort.

Günter Frank SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Internationale Jugendarbeit heißt ganz konkret Begegnung von Jugendlichen aus Europa und natürlich auch aus anderen Ländern dieser Welt. Internationale Jugendarbeit heißt Begegnung von Jugendlichen unterschiedlicher Kulturen in einer Vielfalt von Sprachen. Wenn sich die Jugend dieser Welt begegnet, dann heißt das immer auch, voneinander zu lernen, sich über Sprach- und Kulturgrenzen hinaus besser kennen zu lernen und positive Beziehungen aufzubauen. Insofern ist internationale Jugendarbeit Zukunftsarbeit, meine Damen und Herren. Sie ist ein Beitrag zur Völkerverständigung und ein wichtiger Beitrag für friedliche Beziehungen zwischen den Völkern.

(Beifall bei Dr. Andrea Hilgers SPD)

Das auch deshalb, meine Damen und Herren, weil gerade auch Jugendliche aus Familien angesprochen werden, die in den Schulen an den interkulturellen Möglichkeiten, zum Beispiel Auslandsaufenthalten, nicht in dem Maße beteiligt werden, in dem vielleicht andere Jugendliche mit einem anderen familiären Hintergrund beteiligt werden. Darüber hinaus geht es auch um Jugendliche mit einem Migrationshintergrund. Durch diese Arbeit lässt sich auch das Selbstbewusstsein dieser Jugendlichen stärken. Sie erfahren in ihrer Arbeit auch persönliche Stärkung. Insofern ist hier das Geld insgesamt, meine Damen und Herren, sehr, sehr gut angelegt und das sollten wir im Auge behalten.

Mit dem damaligen Antrag meiner Fraktion wollten wir die interkulturelle Jugendarbeit in Hamburg stärken. Daraus ist dann erfreulicherweise ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen geworden, auch im Zusammenwirken der Ausschüsse Europa und Jugend. Dafür möchte ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen recht herzlich bedanken. Das war eine sehr, sehr gute Zusammenarbeit im Interesse der Jugendlichen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Antwort des Senats zeigt, dass man etwas erreichen kann, wenn man über Fraktionsgrenzen hinweg in der Sache weiterkommen will. Es ist erfreulich – und das ist in der Drucksache auch nachzulesen –, dass es jetzt für anerkannte Träger der Jugendarbeit Empfehlungsschreiben geben soll,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Endlich!)

dass die interkulturelle Bildung in der Globalrichtlinie in den Bezirken größeres Gewicht erhalten soll und dass das – Herr Dietrich hat das eben ausgeführt – EU-Jugendprogramm auf einem sehr guten Weg ist. Es ist erfreulich, dass die Behörde zur Unterstützung der Einrichtung Fortbildungsangebote machen wird. Erfreulich ist auch, meine Damen und Herren, auch wenn es nicht in

- A der Drucksache steht – so höre ich das zumindest –, dass es in der zuständigen Behörde eine personelle Verstärkung für diese Arbeit gibt und erfreulich ist auch, dass der Träger EPA ab heute eine halbe Stelle zusätzlich erhält. So höre ich das, ich weiß nicht, ob Sie das bestätigen können.

Meine Damen und Herren! Dann noch zwei kritische Anmerkungen zum Bericht des Senats. Der Senat sieht sich außerstande, den Trägern bei Zahlungsverzug der EU überbrückend zu helfen, damit beabsichtigte Projekte anlaufen können. Der Senat sagt selbst – das steht in dieser Drucksache –:

"Die administrative und finanzielle Belastung der Träger ist nicht vertretbar."

Er begründet auch, warum das nun nicht gehen soll, aber ich denke, meine Damen und Herren, dass hier eine praktikable und unbürokratische Lösung möglich sein sollte. Hier muss der Senat aus unserer Sicht noch etwas nacharbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Der zweite Punkt: Die mit einem hohen Zeit- und Arbeitsaufwand verbundene ehrenamtliche Tätigkeit – da arbeiten ja ganz viele Menschen mit einem sehr hohen Aufwand ehrenamtlich – sollte eine materielle Anerkennung erfahren. Auch dieser Punkt bleibt aus unserer Sicht auf der Tagesordnung.

(Dirk Kienscherf SPD: Genau!)

- B Meine Damen und Herren! Es wird jetzt darauf ankommen zu beobachten, wie sich die internationale Jugendarbeit in Hamburg entwickelt und wie sich die Maßnahmen in der Praxis bewähren. Das muss man beobachten und wir werden sicherlich auch weiter darüber diskutieren.

Ich möchte abschließend anmerken, dass die jungen Hamburger, die an den Begegnungen mit Jugendlichen aus anderen Ländern beteiligt sind, ebenso Botschafter Hamburgs sind wie die, die vom Senat inzwischen mit dem Titel "Hamburg Ambassador" ausgezeichnet werden. Das sollten wir an dieser Stelle nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es verbleiben also ein, zwei, drei Fragen, die wir gerne im Ausschuss erörtern würden. Man kann diesen Bericht hier zur Kenntnis nehmen, man sollte ihn auch zur Kenntnis nehmen, das ist ein guter Bericht, aber es würde nicht schaden, diese Fragen noch einmal im Ausschuss stellen und erörtern zu dürfen. Es würde also nicht schaden, diesen Bericht nachträglich noch einmal zu überweisen. Ich weiß, dass Sie das nicht wollen. Das bedauern wir. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Sarrazin hat jetzt das Wort.

Manuel Sarrazin GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch hier muss ich mich meinen Vorrednern anschließen. Wir haben interfraktionell gut zusammengearbeitet und auch etwas für die Träger und Jugendlichen, die an dem Programm beteiligt sind, geschafft. Da können wir uns doch gegenseitig ein bisschen auf die Schultern klopfen. Das haben wir gut gemacht. Es

ist letztlich so: Unabhängig davon, ob zum Beispiel das Referenzschreiben tatsächlich dazu führt, dass sich die russische Visapolitik nachhaltig verändert – das werden wir sehen,

(Christian Maaß GAL: Das werden wir ändern!)

vielleicht werden wir es auch ändern –, kann ich mir auch vorstellen, dass das gerade in den Bereichen stattfindet, wo man sich kennt. Aber wir haben den Trägern auf jeden Fall auch gezeigt, dass wir ihre Arbeit schätzen und dass wir die Anregungen, die auf einer Veranstaltung gemacht worden sind, wo alle Parteien vertreten waren, aufnehmen und gemeinsam daran arbeiten und versuchen, für sie gemeinsam etwas zu schaffen. Das ist gut so.

Es ist auch richtig, dass die Europäische Union mehr Wert auf die Frage Jugendarbeit legt. Das Programm Jugend ist bereits angesprochen worden und es ist dann natürlich auch wichtig, dass wir das hier in Hamburg mitmachen, vormachen und auch den Nutzen davon mittragen. Von daher muss ich auch sagen, dass wir mit dem Bericht ganz zufrieden sind. Man muss sich auch vor Augen führen, warum es wichtig ist, dass gerade solche Projekte unterstützt werden. Wenn wir von diesem Referenzschreiben reden – Herr Frank hat das auch gerade angesprochen –, Visaprobleme gibt es nicht bei Austauschprogrammen mit Frankreich, England, Spanien oder Portugal, wo man mit dem Billigflieger hinfliegt und was sowieso innerhalb der Europäischen Union ist.

Die Programme, die zum Beispiel vom EPA gemacht werden, sind mit südamerikanischen Staaten, sind mit Gegenden in Russland, im Kaukasus. Zwischen den Jugendlichen hier und dort ist es natürlich noch wichtiger, für Verständnis zu arbeiten und für Verständnis bei den Jugendlichen zu sorgen als es vielleicht in dem schon vielmehr alltäglich gewordenen Zusammenhang zwischen Deutschland und Frankreich ist.

Auf der anderen Seite heißt es immer, man kann voneinander lernen, das bringt etwas, das bringt etwas für den Frieden, das bringt etwas für interkulturelle Zusammenarbeit, es bringt aber etwas ganz Materielles für die jungen Menschen. Interkulturelle Fähigkeiten sind in Zukunft auch die Fähigkeiten, die auf dem Arbeitsmarkt durchschlagen. Wenn einerseits gut ausgebildete und auch nicht ganz so gut ausgebildete im Sinne von hohen Abschlüssen, aber fähige Menschen interessiert an anderen Ländern sind, dann wird sich das später immer sowohl moralisch als auch materiell in deren Lebensweg auszahlen. Wenn das für Hamburger Jugendliche der Fall ist und wenn das für Jugendliche der Fall ist, die von woanders kommen, aber das mit Hamburg verbinden, dann ist das für uns gut und auch für Hamburg gut.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Man kann also zusammenfassen: Frieden, Toleranz, beste Jobchancen für Jugendliche aus Hamburg und woanders. Das klingt fast wie ein grünes Wahlprogramm. Das finden wir natürlich toll. Mich freut, dass die anderen Fraktionen das auch toll finden. Wenn der Senat dann vielleicht in Zukunft noch mit uns zusammen auf Ideen kommt, wie man den finanziellen Überbrückungsproblemen tatsächlich entgegenzutreten kann und wir da auch etwas verändern können. Vielleicht kann man auch überlegen, inwiefern man Geld in die Hand nehmen kann. Das können wir einmal prüfen. Dann muss man sagen sind

- A wir gemeinsam auf einem guten Weg und dann lassen Sie uns den weitergehen. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Frau Senatorin Schnieber-Jastram das Wort.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei so viel Lob kann ich eigentlich nur noch mit einstimmen und sagen: Ich freue mich, dass wirklich, ich glaube, alle Fraktionen, alle Abgeordneten hier die Frage der Jugendbegegnung, des Jugendaustausches ausgesprochen positiv beurteilen. Man kann das eigentlich auch gar nicht negativ sehen, weil jeder, der einmal erlebt hat, wie sich Kinder, wie sich junge Menschen begegnen, kann das eigentlich nur positiv sehen. Das ist heute eine ganz wichtige Voraussetzung, das ist ein ganz wichtiger Faktor, der das ganze Leben später prägt. Ich finde es sehr, sehr wichtig und werde mich bemühen, dort, wo es immer neue Gelegenheiten gibt, dieses auch zu unterstützen und zu fördern.

Ich hoffe, dass es auch gelingt, in dieser Stadt solch ein Klima dafür zu haben. Es gehört immer auch dazu, dass es Familien gibt, die Austauschschüler, die Sportler, Sänger, was auch immer es an Austausch gibt, mit aufnehmen. Diese Portion an Gastfreundschaft macht solche Austausche sehr häufig sehr viel leichter. Wir haben – und das ist in dem Senatsbericht auch deutlich geworden – dargestellt, was wir unternommen haben. Da, wo es noch Lücken gibt, werden wir uns bemühen, sie aufzufüllen, um den Austausch einfach leichter zu machen. Ich bin sicher, dass auch in Zukunft alle dazu beitragen werden.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen dann zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 18/3379 an den Europaausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Punkt 43 auf, Drucksache 18/3471, Antrag der SPD-Fraktion: Mehrgenerationenhäuser als Kinder- und Familienzentren einrichten.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
"Mehrgenerationenhäuser" als "Kinder- und
Familienhilfezentren" einrichten
– Drucksache 18/3471 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Familien-, Kinder- und Jugendausschuss überweisen. Ich habe schon gesehen, Frau Dr. Hilgers wünscht das Wort und das hat sie dann auch.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sollten jetzt in Hamburg eine Chance für Hamburgs Kinder wahrnehmen und einen Punkt aus dem Berliner Koalitionsvertrag offensiv und zügig

bearbeiten. In diesem Koalitionsvertrag bietet sich unter dem Stichwort "Mehr Generationenhäuser" ein guter Ansatz für die Einrichtung Hamburger Kinder- und Familienzentren. Dieses Thema hatten wir schon im Dezember hier im Hause andiskutiert.

Im Koalitionsvertrag ist unter dem genannten Stichwort skizziert, ein neuer, gemeinwesenorientierter Ansatz der Förderung und Unterstützung, Hilfe für Familien im Sinne einer verzahnten, kombinierten und in die Gemeinde hinein geöffneten Angebotsstruktur. Es geht um die Bildung von sozialraumbezogenen Kristallisationspunkten, die fördernde Angebote für Familien und Generationen unter einem Dach und aus einer Hand ermöglichen. Solche Kristallisationspunkte können zum Beispiel Kitas oder Familienberatungseinrichtungen sein. Im Koalitionsvertrag steht auch schon eine finanzielle Hausnummer dabei, und zwar, dass in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt in Deutschland ein Mehrgenerationenhaus geschaffen werden soll mit einer so genannten Start-up-Förderung von 40 000 Euro per anno auf fünf Jahre Laufzeit. Hier muss, Frau Senatorin, der Senat aufpassen, dass Hamburg nicht nur als eine Einheitsgemeinde gezählt wird, sondern wenigstens ein Projekt je Bezirk durchsetzt. Das wären dann immerhin 280 000 Euro per anno und auf die fünfjährige Projektlaufzeit 1,4 Millionen Euro.

Laut Information aus dem Ministerium sollte sich Hamburg spätestens ab Mitte des Jahres bewerben. Frau Schnieber-Jastram, Sie haben bei der Debatte in der Aktuellen Stunde darauf hingewiesen, dass Stadtteile lebendig gehalten werden sollen, auch von ihrer Infrastruktur her. Wir haben insofern hier und heute schon eine Idee aus unserem montäglichen Besuch unserer Fraktion vor Ort in Barmbek, bei unserem Kollegen Willi Buss, genauer gesagt in Hohenfelde mitgebracht. Beim dortigen Besuch im Müttertreff Hohenfelde, der auch eine Kita dabei hat, plus die niedrigschwellige Beratung für Eltern, wurde nochmals darauf hingewiesen, dass der Senat die einzige noch im Stadtteil vorhandene Schule, nämlich die Grundschule Ifflandstraße, dichtgemacht hat. An dieser Grundschule war auch eine Kita der Kirchengemeinde St. Gertrud. Diese Kita fällt nun leer, weil die Eltern, weil die Grundschule dichtmacht, keine Anschlussperspektive sehen. Dort sind die Anmeldungen von 100 auf 35 gesunken.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das war schon seit Jahren so!)

– In der Kita, hören Sie zu.

Insbesondere Familien mit ihren kleinen Kindern – sagten uns die Frauen aus dem Müttertreff – überlegen oder haben schon den Stadtteil verlassen. Die Kita macht dicht, die Kita im Müttertreff aber läuft über. Die haben Platzprobleme. Wie wir uns überzeugen konnten, hat der Müttertreff in Hohenfelde das Know-how, das Projekt "Mehrgenerationenhaus", so wie es da skizziert ist, in Angriff zu nehmen. Wir könnten uns gut vorstellen, dass zum Beispiel dieser Müttertreff zusammen mit anderen das Schulgebäude übernimmt und dort zu einem Kristallisationspunkt im Sinne der Anforderungen des Projekts aus dem Koalitionsvertrag mitgestaltet, denn Betreuungs- und Bildungsangebote für Kinder und Eltern mit besonderer Berücksichtigung der frühkindlichen Förderung und Erhöhung des Bildungsanteils haben die drauf. Beratung, zum Beispiel in Erziehungs- oder Gesundheitsfragen haben die drauf. Begleitung in Krisensituationen – Tren-